

Österreichische Haus- und Grundbesitzer: Denkfehler der Arbeiterkammer macht Wohnen auch nicht günstiger!

Utl: Öffentliche Aufgaben nicht Privaten übertragen! Beschränkungen und absichtliches Wegschauen von den eigentlichen Problemen bringen keine einzige neue Wohnung auf den Markt.

Wien (OTS) - Wieder einmal kritisiert die Arbeiterkammer die angeblichen Ungerechtigkeiten auf dem privaten Immobilienmarkt und ignoriert, dass knapp 60% der Mietwohnungen im Einflussbereich der öffentlichen Hand liegen. Warum diese dominierende Stellung durch die Schaffung sozial treffsicherer Förderungsbestimmungen nicht endlich jenen Menschen zugutekommen soll, die tatsächlich Bedarf haben, ist für den Österreichischen Haus- und Grundbesitzerbund unerklärlich.

„Wir wünschen uns mehr Sachkenntnis und weniger ideologische Beiträge in der Wohndiskussion. Die Situation für Vermieter und Mieter wird nicht besser, wenn an der Realität vorbeigeredet wird“, so der Präsident des Österreichischen Haus- und Grundbesitzerbundes (ÖHGB), Dr. Martin Prunbauer. Sieht man sich die Zahlen genau an, wird man feststellen, dass die Steigerung der Mieten für gebrauchte Wohnungen seit 2010 unter dem Verbraucherpreisindex liegt.

Private Haus- und Grundbesitzer sind laut Prunbauer nicht dazu da, staatliche Aufgaben zu übernehmen, wie die Zurverfügungstellung von günstigem Wohnraum für Menschen, die diese Unterstützung benötigen. Das Problem liegt für ihn in einer "Fehlbelegung", denn mehr als die Hälfte der Mieter im öffentlichen Mietsektor verdient mehr als 180% des Medianeinkommens. Dass diese Menschen aus der günstigen Wohnung nicht ausziehen wollen, ist verständlich. Ärgerlich stimmt dabei, dass die öffentliche Hand diese Ungerechtigkeit nicht beseitigt und absichtlich wegschaut. Nach dem Abschluss des Mietvertrages, wird die Entwicklung des Einkommens nie wieder überprüft und berechtigt nahe Angehörige ohne weiteres zum Eintritt in ein günstiges Mietverhältnis. Laut ÖHGB sollte der Mietzins an die subjektive Leistungsfähigkeit und an den Markt bei Wohnungen der öffentlichen Hand angepasst werden und die Mehreinnahmen für förderbedürftige Personen, zweckgebunden eingesetzt werden.

Regulatorische Preiseingriffe zum Nachteil der Eigentümer in der Bereitstellung von Wohnraum sowie steuerliche Beschränkungen bei Erwerb, Bewirtschaftung und Weitergabe von Immobilien sind Bremsen in der konjunkturellen Entwicklung und können nicht für mehr Wohnungsangebot sorgen. Im Gegenteil, eine falsch verstandene Verteilungspolitik im Bereich des sozialen Wohnbaues sorgt für eine zusätzliche Verschärfung der aktuellen Situation.

Rückfragen & Kontakt:

Österreichischer Haus- und Grundbesitzerbund

Lukas Lechner, MA
Pressesprecher (of counsel)
A-1010 Wien, Landesgerichtsstraße 6
Tel.: +43 676 3239 645
Internet: www.oehgb.at
Email: lukas.lechner@oehgb.at